

friedensfähig (10/2025) - 16.10.2025

Wie geht es weiter in Israel, Palästina, mit Gaza und dem Westjordanland?

Ein Waffenstillstand ist vereinbart und der Austausch von Geiseln und Gefangenen hat begonnen. In Israel sind die Menschen erleichtert, dass alle lebenden Geiseln freigekommen sind.

Mit ihnen fühlen viele in der Welt und hoffen, dass bald auch die Toten zurückkehren. Sie fragen sich, wie schon vor einiger Zeit unter einem Bild eines ziemlich leeren Jerusalemer Straßencafes in der Zeitung zu lesen war: „Wann kehrt endlich wieder der Alltag ein?“

Perspektivwechsel.

Im Gazastreifen hoffen die Menschen, dass wieder Nahrung, Medikamente,

Wasser in ausreichender Menge in das abgeriegelte Gebiet gelassen werden. Hoffen, dass der Beschuss immer und überall zu Ende ist. Hoffen, Freunde und Angehörige lebend, oder ihre sterblichen Überreste zu finden.

Sie machen sich auf den Weg dorthin, wo sie vor diesem Gazakrieg bis zu ihrer Vertreibung lebten.

Von einer Rückkehr „nach Hause“ kann nicht die Rede sein. Dreiviertel der Gebäude im Gazastreifen sind zerstört. Da fehlen nicht nur ein paar Wände. Die meisten mehrstöckigen Gebäude sind durch Beschuss mit Bomben und Granaten zertrümmert. In einem mehrere Kilometer breiten Grenzgebiet zu Israel hat



das israelische Militär alle Gebäude gesprengt, buchstäblich pulverisiert.

In diesem Streifen Land, der so klein ist wie die Gebiete von Frankfurt, Offenbach und Hanau zusammen, haben fast zwei Millionen Menschen sämtliches Hab und Gut verloren. Strom-, Wasser-, Abwasserversorgung sind zerstört. Gärten, Ackerflächen, Bewässerungssysteme, landwirtschaftliches Gerät – zerstört, verseucht, unbrauchbar gemacht. Schulen, Universitäten, Museen, Theater, Kirchen, Moscheen, jahrhundertealtes Kulturerbe der Menschheit – alles zerbombt oder ganz weg. Und bis zuletzt wurden medizinische Versorgungszentren beschossen, medizinische Geräte unbrauchbar gemacht, wurden Ärzt:innen, Pflegende, Sanitäter gefangen genommen. Oder getötet.

Freilassung.

Im Gegenzug zur Freilassung der israelischen Geiseln kamen fast 2.000 Palästinenser aus israelischen Gefängnissen frei. Die Medien berichteten, dass darunter über 200 sind, die wegen der Beteiligung an tödlichen Angriffen zu lebenslanger Haft verurteilt waren. Sie berichteten nicht darüber, wie viele dieser Freigelassenen in Administrativhaft waren – ohne Anklage, ohne Urteil, und mit der Option des Militärs, die Haft beliebig zu verlängern.

Vergeblich sucht man auf der Liste der Freigelassenen die Namen von Klinikleitern, Ärzten und medizinischem Personal aus dem Gazastreifen. Vergänglich sucht man auch nach den Namen all der „gemäßigten“ politischen oder religiösen Führer und Intellektuellen aus Gaza und dem Westjordanland, die inhaftiert sind. Die „Zeit“ schrieb Anfang September, dass es „erstmal mehr als 11.000

sogenannte Sicherheitsgefangene mit palästinensischem Hintergrund“ in Israels Gefängnissen gebe.

Perspektivwechsel.

Im Westjordanland, das seit 1967 von israelischem Militär besetzt ist, ist der Alltag der Palästinenser geprägt von Unrecht und Unterdrückung. Widerrechtliche Landenteignungen, Kollektivstrafen, militärische Angriffe, Verhaftungen, ständige Überwachung sowie alltägliche Demütigungen bestimmen ihr Leben. Weit über 1.000 Checkpoints und Straßensperren schränken permanent ihre Bewegungsfreiheit ein.

Die Situation hat sich im Schatten des Gazakriegs nochmals dramatisch verschlechtert. Im Rahmen einer groß angelegten Militäroffensive gegen Flüchtlingslager im Norden des Westjordanlands hat Israel seither über 40.000 Menschen vertrieben und ihre Häuser zerstört. Hinzu kommen die immer bedrohlicher werdenden Überfälle bewaffneter Siedler, die das Land für sich allein beanspruchen.

In etwa 200 völkerrechtswidrigen Siedlungen leben mittlerweile über 500.000 Siedler, womit eine friedliche Konfliktlösung immer mehr „verbaut“ wird. Über 900 Palästinenserinnen und Palästinenser wurden seit Beginn des Gazakriegs im Westjordanland von israelischen Soldaten und Siedlern getötet.

Zweistaatenlösung.

So sieht es in jenen beiden Gebieten aus, in denen laut internationalen Verträgen doch eigentlich neben dem Staat Israel ein Palästinenserstaat entstehen soll. Dieser Palästinenserstaat war schon vor dem aktuellen Gazakrieg von der großen Mehrheit der Staaten weltweit aner-

kannt worden. Ein deutliches Zeichen, dass sie Israel in der Pflicht sehen, die Besatzung der palästinensischen Gebiete zu beenden.

In Europa haben viele Regierungen das unrechtmäßige Vorgehen Israels in den

besetzten Gebieten lange Zeit geduldet. Erst die genozidalen Kriegsführung Israels im Gazastreifen und die großen Proteste dagegen, haben Staaten wie Norwegen, Frankreich, Großbritannien die Augen geöffnet und dazu gebracht,



Ursprüngliches Titelblatt der Broschüre zum Weltgebetstag der Frauen. Das Thema Palästina war schon lange Jahre für 2024 vorbereitet. Nach dem 7. Oktober 2023 wurde dieses Bild als problematisch angesehen und in Deutschland durch ein anderes ersetzt. Der Grund: Die Frauen unter dem Olivenbaum tragen Schlüssel als Anhänger und Ohr-
ringe - das Zeichen für die Hoffnung auf Rückkehr.

in der letzten UN-Vollversammlung den palästinensischen Staat anzuerkennen.

Im israelischen Parlament – der Knesset – wird das anders gesehen. Nur neun Abgeordnete stimmten für die Anerkennung. Fast ausschließlich Palästinenser mit israelischem Pass.

Trumps „Gaza Friedensplan“ enthält nichts, was in Richtung Palästinenserstaat weist. Er wird mit keinem Wort erwähnt. Auch das Westjordanland ist kein Thema im Plan. Palästinenser wurden an den Beratungen nicht beteiligt. Und die Menschen, um deren Leben, um deren Heimat es geht, spielen darin ebenfalls keine Rolle.

Dennoch ist Trumps Plan der erste Hoffnungsschimmer für ein Ende des Krieges im Gazastreifen. Wie und wovon die Menschen dort dann leben sollen, steht in den Sternen. Welche Entwicklung Israels Politik im Westjordanland nehmen wird, ist genauso offen. Einflussreiche politische Kräfte in Israel – nicht nur rechtsaußen – reden offen davon, das Gebiet zu annektieren.

Hoffnung.

„Die Besatzung nimmt uns die Luft zum Atmen“, sagt die vielfach ausgezeichnete palästinensische Friedensaktivistin und Buchautorin Sumaya Farhat-Naser. „Sie muss endlich aufhören.“

Ungeachtet der katastrophalen Situation gibt es in den besetzten Gebieten Menschen wie sie, die sich unermüdlich für Dialog und Frieden einsetzen. In verschiedenen Projekten der Frauen- und Jugendarbeit vermittelt sie Methoden der gewaltfreien Kommunikation und des inneren Ausgleichs, um mit der ständig erlebten Bedrohung und Gewalt umgehen zu können. **Sie sagt:**

„Es ist schwer. Wut, Ohnmacht und Trauer sind Gefühle, die wahr sind. Diese Gefühle müssen wir zulassen. Aber wir dürfen die Wut nicht mit Gewalt beantworten. Wir brauchen die Gemeinschaft, die Gespräche, das gemeinsame Weinen und auch das Lachen. Wir stärken uns im Zusammenhalt, denn die Gemeinschaft gibt uns den Sinn, den wir benötigen, die notwendigen Schritte zu gehen. Mögen diese Schritte uns momentan auch klein erscheinen, langfristig werden diese Schritte groß sein.“

Sie setzt damit ein wichtiges Zeichen gegen die Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit im israelisch-palästinensischen Konflikt.

Sie macht aber auch klar, dass es einen gerechten Frieden nur mit einem Ende der israelischen Besatzung geben kann.

Und unsere Regierung?

Große Investitionen in der Wiederaufbau Gazas kündigt sie an. Den Palästinenserstaat anerkennen? Erst wenn "der Konflikt" dauerhaft gelöst ist.

Aber - hört hört - jetzt könnten doch die ständigen Demonstrationen aufhören. Es gibt ja keinen Grund mehr dafür.

Außenminister Wadephul denkt bereits öffentlich darüber nach, dass man jetzt doch wieder Waffen nach Israel liefern ...